



## **Gemeinsame Stellungnahme zu den §§ 52b und 53a UrhG-RegE**

Die Bundesregierung – insbesondere das Bundesministerium für Bildung und Forschung – möchte sicherstellen, dass in deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen moderne Technologien umfassend genutzt werden können, um bestmögliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu hat sie im Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft unter anderem die Schaffung zweier Urheberrechtsschranken (§§ 52b und 53a UrhG-E) vorgesehen. Diese sollen es Bibliotheken ermöglichen, Kopien in Anwendung des § 53 UrhG direkt dem Besteller grundsätzlich in jeglicher Lieferform zuzusenden (§ 53a) sowie Bibliotheken, Museen und Archiven erlauben, in ihren Einrichtungen elektronische Leseterminals vorzuhalten, an denen Nutzer auf digitale Kopien ihrer Bestände, z.B. von Büchern und anderen Printbeständen, zugreifen können (§ 52b).

Börsenverein und Bibliotheksverband sind sich darüber einig, dass wissenschaftliche Bibliotheken eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe bei der Zugänglichkeit von Informationen jeglicher Art wahrnehmen. Zugleich wissen sie um den hohen Aufwand, der insbesondere mit der Herstellung hochwertiger Zeitschriften und wissenschaftlicher Lehrbücher verbunden ist. Für die Finanzierung wissenschaftlicher Zeitschriften ist derzeit kein effizientes Geschäftsmodell als Ersatz für die Subskription in Sicht. Die Bibliotheken berücksichtigen diese Situation, indem sie gesetzliche Ausnahmeregelungen in angemessener Weise anwenden.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat beide Interessenverbände aufgefordert, Vorschläge für die Ausgestaltung der o.g. gesetzlichen Regelungen zu unterbreiten. Die Verbände kommen dieser Aufforderung mit ihrer gemeinsamen Stellungnahme nach.

### **Lizenzierter Online-Zugriff auf Buchinhalte als Ergänzung zu § 52b UrhG-RegE**

Verleger und Bibliothekare sind sich darüber einig, dass

- insbesondere qualitativ hochwertige Lehrbücher mit hohem Investitionsaufwand erstellt werden
- solche Werke nur durch einen großen Absatz kostengünstig angeboten werden können und
- deshalb durch die Regelungen des § 52b keine Absatzminderungen eintreten dürfen.

Um dies zu gewährleisten ist erforderlich, dass

- die Digitalisierung und Bereitstellung urheberrechtlich geschützter lieferbarer gedruckter Materialien im Rahmen des § 52b nur dann zulässig ist, wenn das jeweilige Werk vom Verlag nicht originär in einem gängigen digitalen Format zu angemessenen Bedingungen angeboten wird;
- die Bibliothek mindestens ein Exemplar des zu digitalisierenden Werkes erworben hat;
- die Nutzung des Digitalisates nur in den Räumen der Bibliothek realisiert wird;
- die Zahl der parallelen Zugriffe in der Regel analog zur Zahl der erworbenen gedruckten Exemplare erfolgt, in einzelnen Ausnahmefällen zwei Parallelzugriffe nicht übersteigt. Weitere Zugriffe müssen durch zusätzliche Lizenzen von den Rechteinhabern zu angemessenen Bedingungen (vgl. § 32 Abs. 2 Satz 2 UrhG) gewährt werden.
- den Bibliotheken das Recht zur Digitalisierung gedruckter Werke nur dann zusteht, wenn das Werk vom Verlag nicht in digitaler Form zu angemessenen Bedingungen zur Lizen-

zierung angeboten wird (Zwangslizenz). Ob die Bedingungen unangemessen sind, wird im Einzelfall unter Heranziehung dessen zu beurteilen sein, was gemäß § 32 Abs. 2 S. 2 UrhG im Geschäftsverkehr üblicher- und redlicherweise zu leisten ist, und was nach den einschlägigen Tarifen der Verwertungsgesellschaften zu zahlen wäre; zu den angemessenen Bedingungen gehört auch die Gewährleistung eines dauerhaften, zuverlässigen Werkzeugzugangs.

- die Verlage zu diesem Zweck ihre elektronischen Angebote sowie die angemessenen Bedingungen zur Lizenzierung an zentrale Datenbanken melden. Nur wer dieser Meldepflicht, z.B. beim Börsenverein (vto oder VLB), nachkommt, kann sich auf eine Lizenzierung berufen.

### **Kopienversand auf Bestellung (§ 53a UrhG-E)**

Verleger und Bibliothekare sind sich darüber einig,

- dass Herausgabe, Redaktion, Produktion und Verbreitung qualitativ hochstehender Zeitschriften und Sammelwerke einen erheblichen Aufwand erfordern;
- dass die Finanzierung dieses Aufwandes durch die Nutzer auf dem Wege des Abonnements eine bewährte und in der Regel faire Lösung ist; und
- dass deshalb die Regelungen des § 53a nur für von der bestellenden Bibliothek wenig genutzte Zeitschriften und Sammelwerke gelten sollen.

Bibliotheken wiederum sind dafür da, ihren Nutzern jedes Informationsmedium zugänglich zu machen, das diese für Forschung, Lehre oder Studium benötigen. Keine Bibliothek der Welt kann aber sämtliche Informationsmedien erwerben und bereitstellen. Deshalb gibt es das System gegenseitiger Hilfestellung der Bibliotheken, das seit Jahrhunderten besteht: die „Fernleihe“ (heute bei Beiträgen im Sinne von § 52a UrhG in der Regel in Form der Übersendung von körperlichen Vervielfältigungsstücken) zwischen öffentlichen Bibliotheken. Dabei wird gewährleistet, dass

- nur berechtigte Nutzer in den Genuss des Fernleihprivilegs kommen
- die Quantitäten des Fernleihverkehrs statistisch erfasst werden können.

Börsenverein und Bibliotheksverband sind sich einig, dass die Aufgabe der Bibliotheken, grundsätzlich jedes Informationsdokument zugänglich zu machen, auch im digitalen Zeitalter erfüllt werden muss, um die allgemeine Zugänglichkeit der wissenschaftlichen Literatur für Forschung, Lehre, Studium und fachliche Information zu gewährleisten. Hierfür muss die Leistungsfähigkeit der Bibliotheken für ihre Nutzer unbedingt erhalten bleiben. Es darf sich aber auch die Absatzsituation der Verlage dadurch nicht nachhaltig verändern, dass die Bibliotheken die Möglichkeiten elektronischer Bereitstellung nutzen. Insbesondere dürfen in den Bibliotheken keine Datenbanken auf der Basis gelieferter Kopien entstehen.

Im Folgenden wird unter „Dokumentlieferung“ die Versendung von einzelnen Beiträgen aus Zeitungen und Zeitschriften, veröffentlichten kleinen Teilen eines Werks oder Werken geringen Umfangs durch eine öffentliche Bibliothek verstanden. Als „vom Verlag originär online angebotenes Werk“ gilt nur ein anstelle, vor oder zugleich mit einer Printversion in einem gängigen digitalen Format online angebotenes Werk („born digital“ in Abgrenzung zu retrodigitalisierten Printwerken). Der Aufbau von digitalen Datenbanken versandter Dokumente in den Bibliotheken bedarf einer gesonderten Genehmigung durch die Rechteinhaber.

### ***Dokumentlieferung an nicht kommerzielle Endnutzer***

#### **1. Analoger Versand**

Sofern öffentliche Bibliotheken Dokumente (Kopien) per Post oder auf sonstige analoge Weise an nicht kommerzielle Endnutzer versenden, fällt dies – unabhängig davon, ob der Verlag das jeweilige Dokument online anbietet oder nicht – unter eine gesetzliche Lizenz und ist gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung an die VG Wort zulässig.

## 2. Digitaler Versand

### a) Vorlage vom Verlag nicht online angebotenes Werk – gesetzliche Lizenz

Der digitale Versand vom Verlag nicht online angebotener Werke sollte öffentlichen Bibliotheken gesetzlich gestattet werden, wenn nur eine nicht veränderbare graphische Datei geliefert wird, die durch DRM gegen Vervielfältigung und Weiterleitung gesichert ist. Die Abgeltung der Werkberechtigten erfolgt dabei durch Zahlung einer angemessenen Vergütung an die VG Wort.

### b) Vorlage online angebotenes Werk – Zwangslizenz

Soweit ein vom Verlag originär online angebotenes Werk auf digitalem Wege geliefert werden soll, hat der Verlag der Bibliothek diesen Versand zu angemessenen Bedingungen (s.o. zu § 52b UrhG-E) zu lizenzieren (Zwangslizenz). Wo immer möglich, sollen die Verlage zur Erleichterung der Administration wie bei der Lizenzierung des innerbibliothekarischen Leihverkehrs Einheitsgebühren festlegen. Dazu müssen die Verlage an zentral geführte Meta-Datenbanken, z.B. bei Subito e.V. oder der EZB, die von ihnen online angebotenen Zeitschriften und ihre jeweiligen Lizenzbedingungen melden. Soweit diese Meldung nicht erfolgt, greift als Auffangtatbestand auch für diese Lieferungen eine gesetzliche Lizenz, um sicherzustellen, dass die Bibliotheken in jedem Fall auf Wunsch digital versenden können.

## ***Dokumentlieferung im innerbibliothekarischen Leihverkehr (nichtkommerziell – vgl. Leihverkehrsordnung)***

### 1. Analoger Versand

Sofern öffentliche Bibliotheken Dokumente (Kopien) per Post oder auf sonstige analoge Weise an andere öffentliche Bibliotheken versenden und bei Anfertigung von Kopien dazu in der Sammlung vorhandene Printausgaben als Vorlage verwenden, ist dies zulässig.

### 2. Digitaler Versand

Der digitale Versand von Bibliothek zu Bibliothek bei Werken, die vom Verlag nicht online angeboten werden, fällt unter eine gesetzliche Lizenz und ist gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung an die VG Wort zulässig.

Sofern ein vom Verlag originär online angebotenes Werk von Bibliothek zu Bibliothek digital versendet wird, um es dem Nutzer in der nehmenden Bibliothek als Papierausdruck zur Verfügung zu stellen, hat der Verlag der Bibliothek diesen Versand zu lizenzieren (Zwangslizenz). Dabei greift eine für alle Verlage verbindliche angemessene Einheitsgebühr pro Werk. Diese ist noch zu vereinbaren. Sie soll unter der im Subito-Rahmenvertrag für den innerbibliothekarischen Leihverkehr mit dem Ausland festgesetzten Einheitsgebühr liegen, periodisch durch ein von beiden Seiten besetztes Steuerungsgremium überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Daneben müssen die Verlage die von ihnen online angebotenen Zeitschriften an eine zentral geführte Datenbank (z.B. Subito oder EZB) melden, s.o. Andernfalls greift auch für vom Verlag originär online angebotene Werke beim digitalen innerbibliothekarischen Leihverkehr als Auffangtatbestand eine gesetzliche Lizenz.

Bibliotheken und Verlage sind sich einig, dass die Ausführungen zur angemessenen Vergütung bei § 52b UrhG-E auch für den Dokumentversand unter Zwangslizenz gelten. Verlage und Bibliotheken verständigen sich über Grenzen einer angemessenen Nutzung. Um Missbrauch zu verhindern, werden die Bestellungen der jeweils nehmenden Bibliotheken statistisch erfasst.

Börsenverein und Bibliotheksverband bitten den Gesetzgeber, diese gemeinsamen Vorstellungen im laufenden Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen. Soweit möglich bitten sie Bundesregierung und Bundestag, Börsenverein und Bibliotheksverband noch im Laufe des parlamentarischen Verfahrens Einsicht in neue Formulierungen der §§ 52b und 53a zu gewähren.